

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/028(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 20.02.2007	Beimszimmer	16:30Uhr	19:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Europäische Charta zur Chancengleichheit DS0031/07
- 5.2 Dokumentation "Magdeburger Bündnis für Familie" 2006 I0015/07
- 6 Verschiedenes
- 6.1 Beratung zum Antrag A0008/07 - Seniorenfreundlicher Service
- 6.2 Fortsetzung der Beratung zum Thema: "Bekämpfung zur Jugendarbeitslosigkeit"

Nichtöffentliche Sitzung

- 7 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Huhn, Dagmar

Mitglieder des Gremiums

Heinemann, Klaus

Hildebrand, Jürgen Dr.

Paqué, Sabine

Veil, Thomas

Sachkundige Einwohner/innen

Schumann, Carola

Geschäftsführung

Beier, Editha

Köppe, Yvonne

Ponitka, Heike

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Bork, Jana

Heendorf, Michael

Sachkundige Einwohner/innen

Bühnemann, Bärbel

Hausmann, Christian

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Huhn begrüßt als Vorsitzende alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Frau Huhn gibt bekannt, dass Frau Thäger leider erkrankt ist. Der TOP 5.2 müsste somit auf die nächste Sitzung vertragen werden. Sie bittet um Abstimmung.

Abstimmung: 4 / 0 / 1

Da die Unterlagen zum TOP 6.2 den Ausschussmitgliedern erst heute ausgehändigt werden konnten, müsste auch dieser TOP vertragen werden. Auch hier bittet Frau Huhn um Abstimmung.

Abstimmung: 5 / 0 / 0

Herr Dr. Hildebrand sagt, dass bezüglich der Aussage des Oberbürgermeisters zum Haushalt 2007 Diskussionsbedarf besteht.

Frau Huhn schließt sich dieser Meinung an, jedoch erst dann, wenn konkrete Aussagen des Oberbürgermeisters dazu vorliegen.

Frau Beier sagt, dass zum Stadtrat im März eine Vorlage vom Oberbürgermeister erarbeitet wird.

Des Weiteren bittet Frau Huhn darum, den TOP 6.1 vorzuziehen.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Anschließend stellt Frau Huhn die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit den o. g. Änderungen bestätigt.

Abstimmung: 5 / 0 / 0

3. Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 23.01.2007 wird bestätigt.

Abstimmung: 4 / 0 / 1

4. Öffentliche Sprechstunde

Die öffentliche Sprechstunde wurde nicht genutzt.

6.1. Beratung zum Antrag A0008/07 - Seniorenfreundlicher Service

Frau Huhn begrüßt Herrn Brosza und Herrn Schabanoski herzlich.

Sie fragt Frau Paqué, ob sie kurz Stellung zur ihrem gestellten Antrag nehmen möchte.

Dies nimmt Frau Paqué dankend an.

Frau Paqué sagt, dass die Ideen von den Senioren selbst kommen und auch selbst von ihnen so konkret definiert werden.

Sie sagt, dass immer mehr beobachtet wird, dass zum Beispiel die Beratungen in den Geschäften stetig nachlassen, Ampelphasen sind zu kurz, es werden immer mehr Briefkästen abgebaut, so dass immer längere Wege für die Senioren entstehen. Hier sollte unbedingt etwas für Senioren getan werden. Viele Städte werben bereits mit einer Plakette für Seniorenfreundlichkeit. Die Position des Stadtrates zu diesem Thema findet Frau Paqué nicht angemessen.

Frau Huhn äußert, dass dies sicher ein „beredenwertes“ Thema ist, die Landeshauptstadt jedoch nicht für diese Aufgabe zuständig sein kann. So war auch die Aussage im Stadtrat.

Frau Paqué sagt dazu, dass aber andere Städte auch damit werben und diese Plakette als „Türöffner“ zu sehen sei. Die Kosten dafür sind sehr gering und es gab auch bereits Sponsoren.

Nun erhält Herr Brosza das Wort. Als erstes möchte er sich ganz herzlich für die Einladung bedanken. Er sagt weiter, dass es diesen Service schon einmal vor ein paar Jahren gab, das Interesse daran aber nicht sehr groß war. Die Seniorenvertretung möchte sich mit ihren Erfahrungen und Engagement einbringen und hier ihre Unterstützung zu diesem Projekt anbieten. Die Seniorenvertretung hält dies für eine sinnvolle Einrichtung, um älteren Menschen zu helfen und den Alltag zu erleichtern. Ihm ist klar, dass die Landeshauptstadt dies in Zukunft nicht leisten kann.

Herr Schabanoski sagt, dass er dieses Projekt ebenfalls für eine gute Idee hält. Leider fehlt hierzu die Akzeptanz in der Bevölkerung. Das Wort „Senioren“ ist oft negativ belastet und kommt nicht richtig an. Auch er ist der Auffassung, dass diese Aufgabe nicht von der Landeshauptstadt erfüllt werden kann oder sollte. Es müssen Geschäfte gefunden werden, die sich an dieser Aktion beteiligen. Es könnte jedoch sein, dass die Geschäfte sich die jungen KundInnen „vergraulen“, wenn am Eingang das Wort „seniorenfreundlich“ steht. Das könnte die Geschäftsinhaber demotivieren. Vielleicht wäre es besser, nicht das Wort „Senioren“ zu verwenden.

Herr Dr. Hildebrand sagt, dass man Wörter wie „Barrierefreiheit + Integration“ verwenden könnte. Der Behindertenverband vergibt einmal im Jahr 3 Plaketten bzw. Preise. In diesem Zuge könnte z. B. ein Geschäft ausgezeichnet werden.

Herr Veil äußert, dass der Begriff „Senior“ eigentlich ein positiver Begriff für „Alt“ ist, denn es ist Latein und heißt eigentlich „Weise“. Die Wirtschaft lebet von Kundenfreundlichkeit, d. h. auch von Seniorenfreundlichkeit. Die Gruppenbildungen in der heutigen Gesellschaft sind alles andere als integrativ.

Frau Paqué sagt, dass sich alte Menschen ausgeschlossen und diskriminiert fühlen. Die Stadt sollte etwas dagegen tun. Sie hat mit ihrem Antrag im Stadtrat nur das vorgetragen, was die Senioren sich wünschen. Sie vertritt die Meinung, dass die Landeshauptstadt sich auch um die Interessen der Senioren Gedanken machen sollte.

Herr Schabanoski bringt ein, dass die demografische Entwicklung zeigt, dass es immer mehr ältere Menschen gibt. Selbst die Werbebranche hat dies erkannt und wirbt dem entsprechend. Die Aufgabe der Landeshauptstadt sollte es nur sein, die Aktion oder dieses Projekt auf den Weg zu bringen, mit Werbung.

Herr Brosza glaubt nicht an eine Diskriminierung und in anderen Städten ist das auch nicht so. Die Menschen wollen so lange wie möglich selbständig bleiben. Hier muss geholfen und unterstützt werden. Auch das Wort „Senioren“ wirkt auf ihn nicht diskriminierend. Man sollte die Akzeptanz in der Bevölkerung abwarten.

Frau Beier sagt, dass die BürgerInnen über die neue Rechtslage informiert werden sollten. Im Zuge des Jahres für Chancengleichheit und durch das neue Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz könnte dies realisiert werden. Der Artikel 13 spricht genau dieses Thema an, keine Diskriminierung wegen des „Alters“. Es gibt beim Bund einen extra dafür bereit gestellte Ansprechpartnerin für Beschwerden zum Beispiel. Auch könnte man mit der IHK und der Handelskammer über die Umsetzung des neuen Gesetzes und über das Anliegen der SeniorInnen reden.

Herr Heinemann schlägt vor, dass man auch über die Presse Abstimmungen oder Umfragen machen könnte.

Herr Dr. Hildebrand unterstützt die Meinung von Frau Beier, sieht aber keine Möglichkeit dies durch die Landeshauptstadt leisten zu können. Er ist der Meinung, dass das Bild der älteren Menschen in der heutigen Gesellschaft zu wenig gewürdigt wird. Hier gilt es anzusetzen.

Herr Schabanoski sagt, dass er sich durch das Wort „Senior“ nicht diskriminiert fühlt. Die Akzeptanz in der Gesellschaft fehlt. Er spricht sich ebenfalls für den Vorschlag von Frau Beier aus. Wenn man erarbeiten würde, was in den Geschäften geändert werden könnte oder sollte und dies als „kundenfreundlich“ auslegt, könnte man mehr Akzeptanz in der Wirtschaft erreichen.

Frau Paqué sagt, dass sich die Landeshauptstadt doch auch mit dem Bündnis gegen Rechts oder mit der Ausländerfeindlichkeit beschäftigt. Warum dann nicht mit dem Senioren-Service?

Herr Brosza äußert, dass man Kriterien erarbeiten sollte für die Geschäfte und man sollte in den Mittelpunkt stellen, dass die Senioren sich aktiv am Stadtleben beteiligen.

Frau Ponitka weist darauf hin, dass z. B. die Ampelphasen zu kurz sind. Hier besteht Handlungsbedarf.

Herr Veil äußert, dass „Altenpolitik“ ein anderes Thema ist – hier geht es darum, wie die öffentliche Hand damit umgeht. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz hat damit aus seiner Sicht wenig zu tun. Das ist wieder ein anderes Thema. Man sollte die Menschen anhand von Bedürftigkeit unterscheiden und nicht wegen des Alters. Diese Sicht wäre zu schablonenhaft.

Frau Beier sagt, dass dieses Thema nicht zerredet werden sollte. Die Seniorenvertretung wird ihren Beitrag leisten und dann kann man weiter sehen. Man könnte die IHK und Handwerkskammer zum Gespräch einladen.

Herr Veil unterstützt diesen Vorschlag nicht.

Herr Heinemann sagt, dass man es wie mit Hotelführern machen könnte. Sterne vergeben und dann veröffentlichen.

Frau Huhn äußert, dass sie die Seniorenvertretung gern im Juni noch einmal einladen möchte, um erneut über dieses Thema zu reden.

Dann bittet sie um Abstimmung zu diesem TOP.

Abstimmung: 1 / 2 / 2 = abgelehnt

5. Beschlussvorlagen

5.1. Europäische Charta zur Chancengleichheit

DS0031/07

Frau Huhn übergibt das Wort nun an Frau Beier.

Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel hat im Rahmen des Jahres für Chancengleichheit für ein halbes Jahr die „EU-Ratspräsidentschaft“ übernommen. Den Entschluss zu einem solchen Jahr haben der Europarat und die Europäische Kommission gefasst. Die „Charta für Chancengleichheit von

Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ wurde den Kommunen vom Europäischen Rat der Gemeinden und dem Deutschen Städtetag zur Umsetzung empfohlen.

Der Oberbürgermeister hat am 30.01.2007 sein „grünes Licht“ für die Umsetzung dieser Charta gegeben. Sinn der Charta ist es Akzeptanz, Kooperation und Vernetzung in der Kommune für Chancengleichheit in allen Politikbereichen zu schaffen. Hierzu wäre nach Beschlussfassung ein Gleichstellungsaktionsplan zu erstellen. Institutionen und Netzwerke für die Umsetzung der Charta für Chancengleichheit sollten breit genutzt werden.

Beim FrauenForum am 08. März 2007, wozu alle herzlich eingeladen sind, werden von den Frauen des Politischen Runden Tisches Anträge gestellt und verabschiedet. Diese werden dann in den Aktionsplan aufgenommen. Der Oberbürgermeister wird nachdem der Stadtrat am 12.04.2007 der Charta zugestimmt hat, diese unterzeichnen und nach Brüssel senden.

Frau Beier bittet die Ausschussmitglieder um Zustimmung zur DS0031/07 und der darin enthaltenen Beschlussvorschlägen.

Frau Huhn fragt, ob der Ausschuss für Familie und Gleichstellung diese Arbeit, die Kontrolle zur Umsetzung der Charta nach Beschluss, auch leisten kann?

Frau Paqué spricht sich sehr für die Umsetzung dieser Charta, Beteiligung des FuG-Ausschusses und wissenschaftlicher Begleitung aus.

Auch Herr Dr. Hildebrand sagt, dass man dieser Charta unbedingt beitreten sollte. Magdeburg zählt mit zu den Städten, die viele Dinge auf den Weg bringen. Er begrüßt auch, dass der FuG-Ausschuss die Begleitung und die Kontrolle übernehmen soll.

Herr Veil steht dem Ganzen eher skeptisch gegenüber und äußert seine Bedenken.

Frau Huhn bittet nun um die Abstimmung.

Abstimmung: 5 / 0 / 0

- Mit Mehrheit der Charta zugestimmt
- FuG-Ausschuss soll die Kontrollfunktion übernehmen
- Vor der Stadtratssitzung am 12.04.2007 soll die Charta noch einmal in den Fraktionen diskutiert werden
- Der Ausschuss wird sich bei seiner Sitzung im März diesem Thema noch einmal zuwenden

6.2. Fortsetzung der Beratung zum Thema: "Bekämpfung zur
Jugendarbeitslosigkeit"

vertagt

Nichtöffentliche Sitzung

7. Verschiedenes

Frau Beier weist darauf hin, dass im Oktober 2007 die Frauenkommission des Deutschen Städtetages in Magdeburg tagen wird. Hierzu werden ca. 20 Frauen erwartet. Nähere Informationen dazu gibt es dann zu gegebener Zeit.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dagmar Huhn
Vorsitzende

Yvonne Köppe
Schriftführerin